Nr. 305 • Ausgabe B Nr. 151
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 305

Abend-Ausgabe

Freitag, 1. Juli 1921
50. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Bedrohung Konstantinopels.

Bolschewistische und türkische Propaganda in Bulgarien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 1. Juli.

Durch die Einnahme von Ismid, an der nicht zu zweifeln ist, ist die Bedrohung Konstantinopels, der man in England mit bedeutend mehr Beunruhigung entgegensieht als in Frankreich oder Italien, unmittelbar möglich geworden. Reuter bestätigt das ausdrücklich in einem Telegramm aus Konstantinopel. Einige Kilometer westlich von Ismid hatten die Alliierten eine neutrale Zone geschaffen, aber die Nachrichten aus Konstantinopel lassen erkennen, daß die hohen Kommissare der Verbandsmächte bejweifeln, daß die Kemalisten sie respektieren werden. Die einzige Hoffnung liegt darin, daß es noch nicht sicher ist, ob die Kemalisten jetzt schon den Stoß gegen Konstantinopel führen wollen. Auffallend gleichlautend mit der vermehrten Aktivität der Kemalisten und der mit ihnen verbündeten Bolschewisten gegen Konstantinopel steigt die Unruhe in Bulgarien. Nachrichten des „Daily Telegraph" zufolge hat sich dort eine enge Zusammenarbeit der extremen Linken mit der extremen Rechten entwickelt, wofür, wie „Daily Telegraph" sagt, es auch Beispiele in anderen Ländern gibt, so zum Beispiel in Deutschland. Das Kriegsministerium in Sofia tue alles, um die friedliche Stimmung im Lande zu untergraben. So würden in Bulgarien überall Photographien von Mustapha Kemal Pascha verteilt, ebenso Postkarten zu Ehrendes „Löwen von Angora". Ueberall werde durch Propaganda von Mund zu Mund verbreitet, daß die Bolschewisten einmarschieren und Bulgarien mit Rußlands Hilfe seine verlorenen Provinzen wieder erhalten würde. Ein lebhafter Briefwechsel zwischen Sofia und Rußland hat eingesetzt, der durch seinen Umfang verdächtig sei. Aus Odessa sei in Varna eine bolschewistische Mission von acht Mitgliedern eingetroffen, wie man sagt, mit großen Geldmitteln. Kurz nach diesem bolschewistischen Besuch sei eine bulgarische Bauerndeputation, begleitet von einem hohen bulgarischen Offizier, nach Angora abgereist. Die Frage sei nun, wie weit das Kabinett in Sofia über diese Umtriebe orientiert sei. An der Friedensliebe des Präsidenten Stambulinski könne nicht gezweifelt werden, weil Stambulinski die Rückkehr des Exzaren Ferdinand aus persönlichen Gründen fürchten müsse. Es sei aber festzustellen, daß zwischen Sofia und dem König Ferdinand allerlei Fäden gegenwärtig spielen. Zum Schluß läßt „Daily Telegraph" durchblicken, daß die Stellung Stambulinskis im Augenblick sehr schwach sei durch den Druck der Bauerngruppe.

Die Entwicklung der Ereignisse in Konstantinopel ist natürlich von großer Bedeutung für die Balkanpolitik. Wenn Bulgarien und die Türkei gemeinsame Sache machen, wofür schon seit längerem Vorbereitungen stattfinden, die nicht bloß an der Bauernpartei ihre Stütze finden, dann würde sich daraus wieder die gleiche Spannung auf dem Balkan ergeben, die dem Weltkrieg voranging.

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune" in Konstantinopel berichtet über eine Annäherung, die sich zwischen Mustafa Kemal Pascha und dem Sultan vollzogen haben soll. Diese Annäherung werde wahrscheinlich zur Folge haben, daß die Bolschewisten eine feindliche Haltung gegenüber Angora einnehmen und künftig Enver Pascha unterstützen werden, dem Mustafa Kemal die Rückkehr nach der Türkei verboten habe.

Mitteilungen Lloyd Georges im Unterhaus.

London, 1. Juli. (Reuter.)

Im Unterhaus erklärte Lloyd George, die englische Regierung habe bisher den vollen Wortlaut der griechischen Antwort an die Alliierten noch nicht erhalten. Natürlich würde auf keinen Fall eine Maßnahme getroffen werden, ohne daß England sich zuvor mit den übrigen Verbandsmächten verständigt habe. Der Unterstaatssekretär des Aeußern teilte mit, daß Ismid am Vormittag des 28. Juni von den Türken besetzt worden sei. Die Regierung habe aus einer aus Konstantinopel stammenden Meldung ersehen, daß man Tschitscherin in Angora vermute, aber bisher keinerlei Bestätigung dieser Meldung erlangen können. Sie habe aus verschiedenen Quellen die Nachricht erhalten, daß die Regierung von Angora den Wunsch hege, **engere Beziehungen mit Bulgarien aufzunehmen.**

Die Linie Ismid—Brussa, an der die Türken die neue Offensive vorbereiten.

Die Farbenfrage.

Von [Nachdruck verboten.]

A. Barteld (Hannover.)

Mitglied des Preußischen Landtages.

Wir möchten betonen, daß die Auffassung, die der Abgeordnete Barteld in dem hier folgenden Artikel äußert, im allgemeinen der unserigen entspricht. Den Farbenwechsel haben wir, um es nochmals zu sagen, von Anfang an als einen Fehler bezeichnet, aber mit Herrn Barteld sind wir der Meinung, daß diejenigen die ruhige Aufwärtsentwicklung und Wiedergesundung Deutschlands stören und zum Teil stören wollen, die heute, in einer Zeit, wo ernste Arbeit nötig ist, die Flaggenfrage zur Erregung leicht empfänglicher und politisch kindlicher Volksschichten benutzen und einen „Volksentscheid" fordern.

Die Redaktion.

Die Abstimmung im Reichstag über die Handelsflagge hat den Farbenkampf wieder aufleben lassen. „Die Republik in Gefahr!", so erschallt es in der sozialistischen Presse; „Schmach, Hohn, Schande!", so tönt es im nationalistischen Blätterwald. Ist man auch knapp unterlegen, so soll jetzt der Kampf auf der ganzen Linie einsetzen — Volksabstimmung ist die Parole.

Diese Aufregung ist bezeichnend für die Beurteilung unserer Verhältnisse in weiten Schichten des Volkes und auch in solchen Kreisen, die führend sein wollen. Hat man die Annahme des Ultimatums schon vergessen? Denkt man gar nicht daran, daß die Lösung der vor uns liegenden schweren Aufgaben, von deren Gelingen vielleicht Sein oder Nichtsein der deutschen Wirtschaft, des deutschen Volkes als Staat und Reich abhängt, nur möglich ist, wenn der Wille zum Erfüllen, zum Entsagen, zu opferfreudiger Arbeit im ganzen Volke vorhanden ist und, soweit das nicht der Fall ist, herangezogen wird? Wer das erkennt und das nötige Verantwortlichkeitsgefühl hat, der wird alles tun, um die Einmütigkeit zur Lösung der großen Fragen zu fördern, der wird nicht unnötigen Sprengstoff in unser politisches Leben hineintragen.

Unnötiger Sprengstoff aber ist gegenwärtig die Farbenfrage. Man kann den Gefühlswerten der Anhänger von Schwarz-Weiß-Rot und von Schwarz-Rot-Gold durchaus Verständnis entgegenbringen. Wenn man aber an unsere ganze wirtschaftliche und politische Lage, an den Existenzkampf des deutschen Volkes denkt, so fragt man sich doch, ob man in einer Zeit, wo man im Begriff ist, uns das letzte Hemd vom Leibe zu ziehen, uns die letzte Waffe aus der Hand zu winden, wo in Oberschlesien deutsche Volksgenossen unter polnischem Terror Uebermenschliches erdulden, wo im Westen deutsche Brüder und Schwestern unter den Sanktionen, unter fremdländischer, zum Teil farbiger Besatzung zu leiden haben, wirklich nichts Besseres zu tun hat, als den Farbenstreit zum Gegenstand des Tageskampfes zu machen. Die Antwort auf die Frage dürfte nicht schwer sein. Als ein Verbrechen am deutschen Volke und an der deutschen Wirtschaft mutet es einen aber an, wenn man sieht, wie nicht einflußlose Kreise jetzt versuchen, den gewaltigen Apparat der das Volk aufpeitschenden Volksabstimmung zur Lösung der Farbenfrage zu benutzen.

Ich sehe schon den Abstimmungskampf entbrennen. In den Versammlungen und in der Presse marschieren auf für Schwarz-Rot-Gold die Vorkämpfer großdeutscher Freiheit, Ernst Moritz Arndt, der alte Turnvater Jahn, Hoffmann v. Fallersleben, Fritz Reuter usw., die das Deutsche Reich wollten, „soweit die deutsche Zunge klingt", für Schwarz-Weiß-Rot die Schöpfer des Deutschen Reiches — nicht als „des Ganz-Deutschland", sondern als des damals wohl nur möglichen Preußen-Deutschland — die Bismarck, Wilhelm I., Moltke usw. In der Auswirkung werden wir aber bald weiter sehen auf der einen Seite die Anhänger der Republik, auf der anderen die Anhänger der Monarchie. Nicht nur Sozialisten sagen sich in banger Sorge: der Kampf geht ja gar nicht letzten Endes um die Farben, er geht vielmehr um die Staatsform, es ist der Angriff auf die Reichsverfassung. Bringt man es fertig, die Verfassung in dieser Frage zu ändern, so könnte bald ebenso gut die Abstimmung über Monarchie oder Republik gefordert werden. Man sollte doch daran denken, daß heute die Farbenfrage eine ganz andere Bedeutung hat als in Weimar, und wer damals den Farbenwechsel als eine politische Dummheit angesehen und sie als „Fiesel" beurteilt hat, sollte heute, wenn er bewußt auf dem Boden der republikanisch-demokratischen Staatsform steht, sich ängstlich davor hüten, die Hand zu bieten zu einer Aenderung der Verfassung in bezug auf die Farben.

Das leicht aufwallende Gefühl ist immer ein schlechter politischer Berater: Nüchtern, kühl und überlegend soll der Politiker an die Zeitfragen herangehen und sich nicht lenken lassen von Zeitströmungen. Denkt man aber so an die Folgewirkungen, so muß man erkennen, daß wir uns jetzt keinen Farbenkampf gestatten können, der das Volk in zwei Lager spaltet, der die Gegensätze vertieft und verbreitert, wo uns das Einende, Ueberbrückende, Ausgleichende so bitter not tut. Was wir gebrauchen, ist endlich einmal Ruhe, um durch Ruhe zu größerer Ordnung und zur Arbeit zu kommen. Wir sind noch ein krankes Volk, das aber unverkennbar einer inneren Gesundung entgegengeht. Die allgemeine Ordnung festigt sich, der Arbeitswille wächst. Steigerung der Arbeitsleistung aber ist die Rettung! Wer heute eine Volksabstimmung über die Farbenfrage herbeiführen will, muß wissen, daß er damit im Abstimmungskampf die politischen Leidenschaften entfacht, daß die breiten Volksschichten nicht arbeitsfreudiger werden, wenn der leidenschaftliche politische Kampf tobt, wenn sie ihr Ideal, die Republik, gefährdet sehen; daß er aber durch Schwächung der Arbeitsfreude nicht aufbauend, sondern niederreißend wirkt.

Annahme der Friedensresolution durch das Repräsentantenhaus.

Washington, 1. Juli. (E. E.)

Der Friedenszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wird in wenigen Stunden Tatsache sein. Das Repräsentantenhaus nahm gestern die Entschließung Porter an, die nunmehr an den Senat gelangen wird. Es ist mit aller Bestimmtheit anzunehmen, daß dieser sie ebenfalls ohne längere Aussprache annehmen wird und daß die Resolution Sonnabend oder Sonntag in Präsident Hardings Händen ist. In ihren Text sind fünf verschiedene Bestimmungen, besonders Verfügungen über das Eigentum der Deutschen in Amerika, aufgenommen worden.

Die amerikanischen Besatzungstruppen werden in der nächsten Zeit vollständig aus Deutschland zurückgezogen werden.

* * *

Nach dem gestrigen Beschluß des Repräsentantenhauses werden also doch die Vereinigten Staaten an ihrem Nationalfeiertag am Montag auch die Rückkehr zum Friedenszustand (nach formal vierjähriger Kriegsdauer) feiern können. Denn die vereinbarte Kompromißformel, die einfach den Wiedereintritt des Friedenszustandes in den Beziehungen zu Deutschland und seinen früheren Verbündeten feststellt, wird im Senate und beim Präsidenten Harding auf keinen Widerstand mehr stoßen. Es wird also der Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen und der Handelsbeziehungen, die ja bereits wieder sehr lebhaft geworden sind, nun auch die Besiegelung durch Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs folgen. Herr Dr. Hill dürfte bald in der Lage sein, den Berliner Botschafterposten einzunehmen, auf den ihn die politisch, wirtschaftlich und kulturell interessierten Kreise Deutschlands mit einmütiger Befriedigung zurückkehren sehen. Ebenso wird dann auch die Frage der Besetzung des deutschen Botschafterpostens in Washington akut, für den eigentlich noch kein „Favorit" mit bestimmter Aussicht genannt worden ist. Den beiden Regierungen und ihren diplomatischen Vertretungen erwächst sogleich eine überaus wichtige und vielumfassende Aufgabe, denn der Erklärung des Friedenszustandes muß der eigentliche vertragsmäßige Friedensschluß erst noch folgen. Dafür stehen zwei Wege offen. Die republikanische Mehrheit in beiden Kongreßhäusern dürfte wohl die Regelung der schwebenden völkerrechtlichen und privatrechtlichen Beziehungen, bei denen es sich um ungeheure Werte handelt, durch einen Sonderfriedensvertrag vorziehen. Der Staatssekretär Hughes soll aber dem Gedanken einer Rückkehr zum Friedensvertrag von Versailles geneigt sein, natürlich unter den Vorbehalten, die allen in den langen Debatten um die Ratifizierung im Parlament angefochtenen Festsetzungen die Zustimmung versagen. Das bedeutet eine sehr schwierige Aufgabe für das Staatsdepartement, da es wieder gelten würde, die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit im Senat zu erzielen. Der Abschluß eines Sonderfriedens wäre jedenfalls der einfachere und glattere Weg, um die für uns so wichtigen Verhandlungen über die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums i mWerte von mehreren Milliarden Goldmark und der Rückgabe der noch festgehaltenen deutschen Schiffe in Fluß zu bringen. Unsererseits ist ja durch die eben erfolgte Beseitigung der letzten Schranken für die Freigabe des amerikanischen Eigentums in Deutschland alles zur Beschleunigung der Angelegenheiten geschehen. Man wird uns nicht verübelgen, wenn sich jetzt in deutschen Herzen auch die Hoffnung belebt, die Vereinigten Staaten ihren Einfluß im Obersten Rate zugunsten der Aufhebung der Sanktionen geltend machen zu sehen. Vielleicht ziehen sie jetzt auch den Rest der Truppen aus dem Rheinland zurück. Wenn auch gerade gegen die amerikanischen Besatzungsmannschaften, die sich musterhaft führten, keine Klage laut geworden ist, so müßte eine solche symbolische Handlung doch gewiß dem Friedensempfinden der Bevölkerungen beider Länder den glücklichsten Ausdruck verleihen. Auf jeden Fall darf man aussprechen, daß das deutsche Volk das Ende des Krieges mit Amerika, zu dem es nie hätte kommen brauchen, und den ihm nur verbrecherische Torheit gebracht hat, mit Freude und Genugtuung begrüßt, und so ist der „glorreiche Vierte" diesmal auch für uns ein besonderer Tag geworden.